

Rindfleisch oder Gesundheitsreform?



Kommentar für Heilberufe 10/99
Rolf Höfert

Diese Frage mußte sich offenbar die Bundesgesundheitsministerin stellen in der Entscheidung, ob sie zu der Großdemonstration des Bündnisses Gesundheit 2000 mit mehr als 25.000 Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen oder nach London zur Erörterung der Kriterien des Rindfleischimports fahren sollte. Sie hat sich für London entschieden.

So entging der Ministerin erneut die Chance festzustellen, daß es nicht Funktionäre sondern Feuermelder aller Dienstleister vor Ort, wie Pflegende, Ärzte, Arzthelferinnen und Arzthelfer, Apotheker, Masseure und aus weiteren Berufen, sind, die im Interesse ihrer Profession und der qualitativen Versorgung der Bevölkerung diese sogenannte Gesundheitsreform ad absurdum diagnostizieren.

Die Protestveranstaltung fand zeitgleich zu den Anhörungen zum Gesundheitsreformgesetz im Gesundheitsausschuß des Bundestages statt. Die Schwerpunkte dieser Anhörung waren, u.a. zu den Schwerpunktbereichen Qualitätssicherung, integrierte Versorgung, stationäre Versorgung und Globalbudget. Dieses bestätigte den Drahtseilakt der Bundesregierung zwischen bereits vom Absturz bedrohter Qualität in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung durch massive Leistungsamputation und dem Ziel einer weiteren Kostendämpfung im Globaltopf.

Es ist bisher kein verbindliches Zeichen von Seiten der Regierung zu einer Nachbesserung dieses Gesetzesvorhabens im Interesse der Pflege wahrzunehmen.

Es wird nach jetzigem Stand mit Inkrafttreten des Gesetzes keine Parameter für die Definition pflegerischer Leistung mehr geben.

Pflege als Dispositionsmasse?

Politisch sollte es als historisch beachtlich gewertet werden, daß vierzig Verbände verschiedenster Bereiche und Professionen im Gesundheitswesen in so engem Schulterschuß im Interesse ihrer Aufgabenstellung und der Verantwortung für die Patienten Nein sagen.

Es bleibt die Aufforderung an alle Verantwortlichen, die am 22.09.1999 in Berlin und in vielen landesweiten Aktionen Gemeinsamkeit in der Verteidigung gegen dieses Gesetz zeigten, auch unter dem Aspekt der Mißverständlichkeit des scheinbar ausschließlichen Streites zwischen Ärzteschaft und Ministerium, bei Inkrafttreten eines neuen Gesetzes Gemeinsamkeit und nicht Verteilungskampf der vorhandenen Mittel zu zeigen.

Der Bundesregierung und den sie stützenden Parteien sei dringend zu empfehlen, daß sie den Berliner Einfuhrstopp für überzeugende fach- und gesundheitssichernde Argumente aufheben.